

# Das Hochschulwesen

## Call for Papers

### Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit – die Verfassungskrise in den USA und die Gefahren eines Transfers des Konflikts in die EU und nach Deutschland

Die Zeitschrift Das Hochschulwesen wird sich in einer der nächsten Ausgaben (oder in einer Artikelserie) dem zentralen Thema der Wissenschaft zuwenden: der **Wissenschaftsfreiheit**, auch der Meinungsfreiheit und ihrer gegenwärtig massiven Gefährdung in den USA.

Wir werden in einem traditionell demokratischen Land – den USA – Zeuge einer vorher nicht für möglich gehaltenen Verfassungskrise. Die Garantie der Wissenschaftsfreiheit ist durch Maßnahmen der durch Donald Trump geführten Regierung plötzlich akut gefährdet. **Was geht in den USA genau vor? Könnte das – bei entsprechenden Wahlergebnissen – auf die EU oder Deutschland übertragen werden?**

Was lässt uns besonders wach werden? Wir verfolgen alarmierende Angriffe auf Verfassungsgarantien, wie die Wissenschaftsfreiheit und die Gewaltenteilung in den USA. Nie für möglich gehaltene Gefährdungen werden nicht nur sichtbar – sie treten ein. Das lange Zeit führende westliche Land wird geschwächt, ehemalige Stärken zerfallen. Die Demokratie ist dort durch (in der Vergangenheit in ihrem Ausmaß nie aufgedeckte, nie gelöste) Konflikte viel stärker gefährdet, als je zu befürchten war. In den USA als internationale Studierende studieren und sich der Wissenschaft in einem freien Land widmen zu können – ja vielen verfolgten Wissenschaftler\*innen ein Exil zu bieten, sodass sie ihrer Wissenschaft weiter nachgehen konnten, obwohl Freiheit in ihrem Herkunftsland nicht mehr garantiert oder sogar zerstört war – dies galt historisch als ein besonderes Privileg der USA.

Die Regierung Trump verfolgt jedoch eine indoktrinierende Linie, die im Regierungshandeln durch den Spiegel kriegerischer Konflikte auf der Welt mit ihren Gefahren immer klarer wird. Ausgerechnet die neun

Universitäten der Ivy League, die zentrale demokratische Werte leben, werden zur Zielscheibe antidemokratischer Aktionen der Regierung, die als massiver Angriff auf die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit zu interpretieren sind. Immer mehr internationalen Studierenden wird das Visum entzogen, immer genauer wird versucht, von Regierungsseite Lehrinhalte festzulegen und andere zu unterbinden oder ganze Forschungsgebiete zu schließen. Als nächster Schritt sind dann personelle Konsequenzen zu befürchten – wie in anderen Bereichen in den letzten Wochen schon geschehen.

Diese Ereignisse sind so unerwartet, dass zunächst eine Schockstarre in Politik und Öffentlichkeit eingetreten war. Jetzt organisiert sich immer breiterer Widerstand. Auch das lohnt, als solide Basis des Verständnisses in Artikeln für unsere Zeitschrift abgebildet zu werden.

- Welche Schlussfolgerungen sind aus den US-Erfahrungen möglich?
- Droht ein Transfer nach Deutschland? Oder nach den nächsten Europawahlen auf die EU?
- Sollten wir Einladungen aussprechen für ausreisewillige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – oder gerade nicht?
- Welche Konsequenzen hätten die Alternativen? Kanada und Frankreich sind schon dabei.

Wir wollen als Fachzeitschrift nicht nur Forschungsergebnisse am Projektabschluss publizieren, sondern bei der Vorbereitung weiterer Forschung schon im Vorfeld durch Problemanalysen für besondere Fragestellungen sensibilisieren – aber über die Fachöffentlichkeit hinaus durch unsere Publikationen auch die Urteilsfähigkeit der weiteren deutschen Öffentlichkeit steigern.

# Das Hochschulwesen

**Begrüßt werden vielfältige Texte, insbesondere aus Wissenschafts- und Hochschulforschung, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Soziologie.**

## Mögliche Textsorten

- Gespräche über das Themenfeld mit einer oder mehreren Beteiligten,
- Artikel aus einschlägigen Forschungsprojekten,
- Analysen der wissenschaftspolitischen Situation und Berichte über Entwicklungsprozesse im Themenfeld
- die Analyse von Verfassungsstrukturen rund um die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit. Grauzonen (auch bei uns) können einbezogen werden: Die Prüfung von Förderzusagen für Projekte, die Prüfung der Gemeinnützigkeit von politischen Initiativen (z.B. Omas gegen rechts) und ähnliche Vorgänge im Bereich der Meinungsfreiheit in jüngster Zeit in Deutschland sollten zumindest unsere Aufmerksamkeit stark erhöhen.
- Was bedeutet das für die Fachöffentlichkeit der Hochschulforschung als Handlungsfeld? Sie ist bei so zentralen Vorgängen mit ihrer analytischen Kompetenz aufgerufen, das Ausmaß der Gefährdung aufzudecken, verbliebene Schutzmaßnahmen sichtbar zu machen und die Legislative und schließlich Exekutive durch eigene Analysen in ihren Handlungsmöglichkeiten zu unterstützen.
- Was kann vorbeugend gegen solche Entwicklungen unternommen werden? ... auf Seiten der Judikative, der Wissenschaft und der Exekutive?
- Wie kann Regierungshandeln gegen die Verfassung (wie wir es in den USA erleben) noch weiter erschwert werden?

## Allgemeine Hinweise

Die Beiträge sollen in der ältesten deutschen Hochschulfachzeitschrift *Das Hochschulwesen* (73. Jg.) 2025 herausgegeben werden (in einer Ausgabe oder einer Serie, die sich über eine Reihe von Ausgaben erstrecken wird). *Das Hochschulwesen* ist eine international renommierte Zeitschrift und arbeitet mit doppelter, hilfreicher Begutachtung (Peer Review).

Gesucht werden Beiträge mit einem Umfang von **ca. 25.000-35.000 Zeichen** (inkl. Leerzeichen).

**Ausnahmen können vereinbart werden.**

Einsendungen kontinuierlich möglich, da Beiträge zur Serie laufend erscheinen können.

Bitte reichen Sie uns gerne zunächst ein **Abstract** (max. 500 Worte) im Sinne einer Interessensbekundung für einen Beitrag im HSW ein.

Weitere wichtige Hinweise finden Sie unter

<https://www.universitaetsverlagwebler.de/autorenhinweise>

## Sie haben Interesse?

Wir freuen uns über Einsendungen an [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

Ihre **Rückfragen** beantworten wir gerne ebenfalls per Mail oder telefonisch unter 0521/923610-0



Prof. Dr. Wolff-Dietrich Webler  
UniversitätsVerlagWebler (UVW)  
Bielefeld